Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,950
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 73. Sonnabend den 14. März 1885. 79. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 15. März, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Die Provinzial- und Local-Comités zur Beschaffung einer Ehrengabe für den Fürsten **von Bismarck** werden angelegentlichst ersucht, **schleunigst** den ungefähren Ertrag der veranstalteten Sammlung hierher anzugeben, diese selbst aber, sofern es noch nicht geschehen sein sollte, spätestens bis zum 21. d. Mts. an unsern Schatzmeister, den Seehandlungs-Präsidenten Herrn **Rötger** gelangen zu lassen.

Berlin, den 12. März 1885.

Der Vorsitzende des Central-Comités für Bismarck-Ehrengabe.
gez. Herzog von Ratibor.

Bekanntmachung.

Die unter Nr. 25 der kleinen Fleischergasse gelegenen Gebäude sollen

Dienstag, den 17. März d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause in der 1. Etage, Zimmer Nr. 16, unter den in der Raths-Nuntiatur ausliegenden Bedingungen auf den Abbruch versteigert werden. Eine Besichtigung der abzubrechenden Gebäude kann am 12. und 13. dieses Monats Nachmittags von 3 bis 4 Uhr stattfinden.

Leipzig, am 5. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gringmuth, Ass.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Eugen Wlach,**
Kurze Straße Nr. 11,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 12. März 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wolfram.

Bekanntmachung.

In einer am 14. vor. Mon. von uns erlassenen, in Nr. 48 dieses Blattes zum Abdrucke gelangten Bekanntmachung haben wir auf die in letzter Zeit geschehene planmäßige Beschädigung von **Postbriefkästen** in hiesiger Stadt öffentlich aufmerksam gemacht und um thunlichste Unterstützung bei den Recherchen nach den Thätern gebeten.

Da nun neuerdings wiederum mehrere Briefkästen durch Zertrümmern der an denselben angebrachten Glastafeln beschädigt worden sind, ohne daß es gelungen, die Urheber zu ermitteln, so wiederholen wir unsere dringende Bitte um Mittheilung jeder auf die vorliegende Angelegenheit bezüglichen Wahrnehmung, setzen auch auf die Entdeckung der Thäter hierdurch eine Belohnung von

Dreißig Mark

aus.

Leipzig, am 10. März 1885.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. Berger.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug im Monat Februar d. J. bei einem stündlichen Consum von 140 Litern im Argandbrenner und bei 50 mm Flammenhöhe durchschnittlich das 16.2fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze. Unter gleichen Bedingungen stellte sich die Leuchtkraft in den Monaten

November 1884 auf das 16.0fache,
December " " 16.1 "
Januar 1885 " " 16.0 "

der deutschen Normalkerze.

Die früher von Herrn Geh. Rath Prof. Dr. Kolbe bewirkten Messungen erfolgten nach der Leuchtkraft einer bestimmten Wachskerze bei stündlichem Consum von 150 Litern und 45 mm Flammenhöhe.

Leipzig, den 13. März 1885.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Gewerbekammer Leipzig.

Vom Königlichen Ministerium des Innern angewiesen zu erörtern, ob und in welchem Umfange innerhalb gewerblicher Betriebe Geschäftsgeheimnisse verletzt werden, beziehentlich auch anzugeben, durch welche gesetzlichen Schutzmaßregeln Vertrauensbrüche dieser Art verhindert werden können,

bitten wir hierauf bezügliche Mittheilungen innerhalb der nächsten 8 Tage an unser Bureau gelangen zu lassen.

Leipzig, den 14. März 1885.

D. A. Oehler, Vors. **Herzog**, Secr.

Oeffentl. Buchhändler-Lehranstalt.

Die diesjährige Entlassung der Abiturienten findet **Sonntag, den 15. März 1885,** Vormittags 11 Uhr im kleinen Saale der Buchhändler-Börse statt. Die Lehrherren, Eltern und Angehörige unserer Zöglinge, sowie frühere Schüler, Gönner und Freunde der Anstalt beehre ich mich hierzu ergebenst einzuladen.

Dr. Willem Smitt, Director.

Steckbriefserledigung.

Der von mir unterm 16. Januar d. J. — Nr. 24 dieses Blattes — hinter den Bäckergesellen **Jülich** aus Leipzig erlassene Steckbrief ist erledigt. J. 82/85.

Magdeburg, den 11. März 1885.

Der Erste Staatsanwalt.

Möckern. Das Inventarium für die neue Schule an Tischen, Stühlen, Bänken, Wandtafeln rc. ist in Submission zu vergeben. Alles Nähere ist beim Oberlehrer **Taubert** bis 17. d. M. einzusehen und Kostenanschläge bis 20. d. M. einzureichen.

Möckern, den 12. März 1885.

Der Schulvorstand.

Der Handarbeiter **Karl Friedrich Ertel** aus Stauschen bei Bergen, 34 Jahre alt, hat seine Familie in hülfloser Lage durch sein Entfernen seit 27. Februar l. J. zurückgelassen.

Um Mittheilung des Aufenthaltsortes wird ersucht.

Wollmarsdorf, am 11. März 1885.

Der Gemeindevorstand.
Lehmann.

Nichtamtlicher Theil.

Der französisch-chinesische Krieg.

Der Stand der Dinge in Tonkin ist jetzt in das Stadium der Versumpfung eingetreten; man schlägt sich bald hier, bald da herum, besetzt feste Plätze und vertheidigt sich gegen Angriffe der Chinesen, aber im Ganzen und Großen stehen die Dinge noch heute auf demselben Fleck wie vor einem Jahre. Nur noch zwei Monate fehlen, um ein Jahr nach dem Frieden von Tientsin zu vollenden, und noch sind die Friedensaussichten sehr problematischer Natur. Wenn Ferry jetzt genöthigt ist, in der Kammer Aufschluß über die Erfolge in Tonkin und an der chinesischen Küste zu geben, so kann er die Abgeordneten nur auf die Zukunft vertrösten. In der Regel schwankt die Waage zwischen Brière und Courbet in der Weise, daß, wenn der Eine eine Schlappe erhalten, diese durch einen Vortheil auf der anderen Seite wieder ausgeglichen wird. Als Brière Langson besetzte, mußte Courbet seine Unternehmung an der Mündung des Hanktiekang aufgeben und jetzt, da Brière genöthigt ist, den Vormarsch auf Laokai zu unterbrechen, kommt aus Keilung die Meldung, daß Courbet nach fünftägigen Kämpfen die Stellungen der Chinesen bei Keilung genommen habe.

Eine Thatsache, welche geeignet erscheint, die Franzosen zu beunruhigen, ist die offenbare Zunahme der Zahl der Todten und Verwundeten bei allen Zusammenstößen mit den Chinesen. Die Verluste der Franzosen in den Kämpfen um die Festung Tunenquan während der Belagerung und in den Gefechten vom 1. bis zum 3. März werden von ihnen selbst auf 112 Todte und 166 Verwundete angegeben, während die Eroberung der Befestigungen von Keilung 40 Todte und 200 Verwundete auf französischer Seite gekostet haben soll. Das sind über 500 Kampfunfähige, also in Anbetracht der geringen Erfolge, die damit erreicht sind, recht beträchtliche Verluste. Die Franzosen pflegen sonst stets die vielen Tausende, welche auf chinesischer Seite gefallen sein sollen, den eigenen Verlusten prahlend gegenüber zu stellen; das ist in der letzten Zeit unterblieben, weil man diese Zahlen doch mit einigem Mißtrauen aufnimmt. Im Ganzen machen die Franzosen sowohl in Tonkin, als in China so geringe Fortschritte, daß sie zu den aufgewendeten Mitteln in gar keinem Verhältniß stehen. Einen großen Theil des Jahres hindurch kann in Tonkin wegen der Grundlosigkeit der Wege und wegen der großen Ueberschwemmungen während der Regenzeit überhaupt nicht gekämpft werden, und für die Flotte bietet die chinesische Küste im Frühjahr und im Herbst große Gefahren, so daß die Actionsfähigkeit der Flotte dadurch aufgehoben wird. Dazu kommen die Krankheiten, welche durch das mörderische Klima erzeugt werden, so daß die Lage der Franzosen in Tonkin und China wahrlich nicht beneidenswerth ist. Von Zeit zu Zeit werden dann Gerüchte verbreitet, als ob die Kriegspartei in China sich nach Frieden sehne, aber die Thatsachen, welche diese Gerüchte unterstützen könnten, bleiben aus. Der Tsung-li-Yamen, welcher unter dem Einfluß des Marquis Tseng steht, hält an der Politik fest, welche den Bruch des Friedens von Tientsin veranlaßt hat, und die Chinesen können mit dem Verlauf der Sache verhältnißmäßig zufrieden sein. Frankreich ist durch den Krieg in eine schiefe Stellung zu England gekommen, und die Maßregeln, welche es gegen die Schiffe neutraler Staaten ergriffen hat, um die Einführung von Kriegscontrebande nach China zu verhindern, besonders aber die Ausdehnung der Untersuchungen auf die Schiffe, welche Reis transportiren, hat in Europa viel böses Blut gemacht.

General Campenon hatte wahrscheinlich den richtigen Zeitpunct zum Rücktritt gewählt, und General Lewal, sein Nachfolger im Kriegsministerium, hat sich eine Ruhe aufgebunden, die ihm sein verantwortungsvolles Amt zur schweren Bürde macht. Jetzt kann Frankreich allerdings nicht mehr zurück, Ferry hat als Endziel seiner Politik in China die strikte Durchführung des Friedens von Tientsin verkündet, also kann der Friede nicht eher abgeschlossen werden, als bis alle die Festungen an der chinesischen Grenze, deren Besitz den Franzosen durch den Frieden von Tientsin verbürgt war, in ihren Händen sind. Von den vier Festungen, welche im Frieden von Tientsin genannt sind, hat General Brière erst eine, nämlich Langson, und der Vormarsch auf die zweite, Laokai, ist vorläufig aufgegeben, von Kate und Kasbang ist seit langer Zeit überhaupt nicht mehr die Rede. Kriegsminister Campenon hatte bekanntlich dazu gerathen, daß Frankreich es sich an dem Besitz des Deltas des Rothen Flusses genügen lassen sollte; dieser Besitz befindet sich in den Händen der Franzosen und läßt sich auch in Zukunft vertheidigen, anders aber steht es mit dem Gebiet, welches die vier Festungen nach Norden hin abschließen. Die Eroberung dieser Plätze kostet große Anstrengungen, und ob dadurch der ungestörte Besitz für die Zukunft verbürgt wird, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Die Erfahrungen, welche Frankreich in den Kämpfen zweier Jahre in Tonkin gemacht hat, berechtigen zu der Annahme, daß dieser Streit überhaupt endlos ist. Frankreich hat bereits 40,000 Mann nach Tonkin und China gesandt, und es hat den Anschein, daß der bei Weitem größte Theil dieser Truppen theils in den Kämpfen mit den Chinesen, theils durch Krankheit aufgerieben wurde.

Hiernach scheint es nur ein Mittel zu geben, um die Unternehmung zu einem für Frankreich annehmbaren Ende zu führen, und das ist das bereits vor 25 Jahren erprobte, China den Frieden in Peking zu diktiren. Die Franzosen selbst haben auf diese Nothwendigkeit schon wiederholt hingewiesen, die Regierung scheut sich aber, mit dem Geständniß vor das Parlament zu treten, daß die bisherige Politik, welche sie in China verfolgt hat, fehlerhaft war, und daß die Opfer an Geld und Menschenleben zwecklos gewesen sind. Man vergegenwärtige sich nur, daß Frankreich und China formell nicht im Kriegszustande sich befinden, und man wird sofort die ganze Unnatur des zwischen beiden Staaten bestehenden Verhältnisses erkennen.

Ferry hat die Widerstandskraft der Chinesen offenbar bedeutend unterschätzt und nach altfranzösischer Ueberlieferung der Unwiderstehlichkeit der französischen Waffen felsenfest vertraut. Nun kann es ja keinem Zweifel unterliegen, daß die Franzosen den Chinesen militairisch überlegen sind. Es würde beispielsweise ein Krieg, welcher sich zwischen Franzosen und Chinesen etwa auf belgischem Boden abspielte, ein sehr schnelles und für die Chinesen verderbliches Ende finden. Aber das ist eben der Umstand, welcher den chinesischen Waffen günstig ist, daß der Kampf nicht in Europa, sondern in China stattfindet. In China ist der Chinese weit gefährlicher als in Europa, und der Unterschied zwischen Chinesen und Franzosen in militairischer Beziehung wird dadurch nahezu ausgeglichen, daß Klima, Transportschwierigkeiten, Unkenntniß des Terrains und alle die widrigen Verhältnisse, welche einem in weiter Entfernung vom Vaterlande kämpfenden Feinde entgegenstehen, auf die Franzosen ihre Macht geltend machen. Wenn Ferry sich mit Ehren aus der gegenwärtigen Lage herausziehen will, so wird ihm nichts übrig bleiben, als bei der Kammer die Genehmigung zur Kriegserklärung gegen China zu beantragen und dann mit der ganzen Kraft, welche der französischen Nation zu Gebote steht, gegen China vorzugehen. 40,000 Mann würden wahrscheinlich hingereicht haben, um die Chinesen vor zwei Jahren zum Frieden zu zwingen. Heute sind diese Truppen verbraucht ohne nennenswerthes Ergebniß, und Frankreich befindet sich in der Nothwendigkeit, weitere 40,000 Mann nach China zu senden, wenn es den Kampf mit Glanz beenden will. Ob Ferry diesen Schritt bei der Kammer wagen wird, bleibt nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft, er muß sich sagen, daß er damit sein Portefeuille riskirt, und das wird er wahrscheinlich nicht in Gefahr bringen wollen, nachdem er es länger als zwei Jahre mit Geschicklichkeit gegen seine Feinde vertheidigt hat.

Leipzig, 14. März 1885.

* Die Haltung der ultramontanen Presse gegenüber der Bismarck-Spende ist ein recht bemerkenswerthes Zeichen der Zeit. Es giebt für diese Presse gegenwärtig keine wichtigere Aufgabe, als im ganzen Reich nachzuspüren, ob irgendwo eine Behörde oder ein Fabrikbesitzer in der Aufforderung zur Betheiligung an der nationalen Kundgebung vielleicht etwas zu weit gegangen ist und sich einen kleinen Druck hat zu Schulden kommen lassen, und wenn gar irgendwo ein Katholik sich an dem Unternehmen betheiligt hat, so ergießt sich die wüsteste ultramontane Schmäh- und Verdächtigungssucht über den Unglücklichen. In einigen Fällen hat es denn auch der klerikale Terrorismus, der sich hier wieder einmal in seiner ganzen Häßlichkeit und Macht zeigt, fertig gebracht, daß die „Schuldigen" zu Kreuz gekrochen sind und ihre Verirrung bereut haben. Zu welchem Grad der Armseligkeit und Erbärmlichkeit aber ist doch nachgerade eine Agitation herabgesunken, die einst die höchsten Güter des katholischen Volkes zu vertheidigen vorgab und jetzt nichts mehr weiß, als mit solchem pauvren Treiben die Welt zu ärgern. Wir sind begierig, wie lange das katholische Volk sich noch mit solchen Armseligkeiten über die Thatsache täuschen läßt, daß kein „Culturkampf" mehr vorhanden ist oder auch in seinen letzten Resten in dem Augenblick verschwinden würde, wo die klerikale Agitation aufhört, es zu hintertreiben! Und wie lange wird die preußische Regierung noch versuchen, nationale Politik mit einer Partei zu treiben, die bei jeder Gelegenheit beweist, daß sie kein höheres Anliegen kennt, als den nationalen und patriotischen Sinn des deutschen Volkes selbst in seinen harmlosesten Aeußerungen auf das Giftigste zu bekämpfen!

* Der erste Tag der Dampfersubventionsdebatte im Reichstage hat mehr Plänkeleien zwischen den Parteien, als einschneidende Beschlüsse und große Reden gebracht. Man stritt sich zunächst um die dem Gesetzentwurfe als Anlage beigefügten Bestimmungen und stimmte darüber ab, da dieselben gewissermaßen Amendements des Gesetzentwurfes sind. Merkwürdig war eine gleich zu Anfang durch den Mund des Abgeordneten Eugen Richter abgegebene Erklärung, welche dahingeht, daß die deutschfreisinnige Partei es möglichst vermeiden werde, für die in der Anlage enthaltenen Bestimmungen oder Clausein zu stimmen, da jede angenommene Bestimmung mehr die Regierung auch zu Mehrforderungen veranlassen könne. Man muß gestehen, daß das ein eigenthümliches Wirthschaftsprincip ist, welches ausschließlich nur nach den Kosten, aber nicht nach dem Nutzen einer Unternehmung fragt. Es steht freilich vollkommen im Einklang mit jener Einseitigkeit der Anschauungen, welche diese Partei immer bewiesen hat. So muß diese Partei nach dieser Erklärung auch keine Neigung haben, die deutschen Schiffswerften mit dem Bau der nothwendigen neuen Schiffe zu betrauen — vielleicht können dieselben in England billiger geliefert werden. Der Reichskanzler Fürst Bismarck zollte der Idee, neue Schiffe auf deutschen Werften bauen zu lassen, seinen Beifall, sprach sich aber gegen den Zwang aus, die Linien nur mit neuen Schiffen zu eröffnen, es müßte denn sein, daß der Reichstag auch die Mittel dafür bewillige.

* In der Sitzung des Bundesraths vom Donnerstag wurde der Gesetzentwurf über die Steuervergütung für Zucker und der Gesetzentwurf wegen Abänderung und Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafproceßordnung den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

* Der §. 1 des Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1885/86, lautet nach der vom Reichstag angenommenen Fassung, welche die Zustimmung des Bundesraths erhalten hat, folgendermaßen:

„Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1885/86 wird wie folgt festgestellt: in Ausgabe auf 811,960,672 ℳ (im Etatsentwurf auf 621,196,051 ℳ), nämlich auf 554,198,673 ℳ (gegen 556,314,286 ℳ) an fortdauernden, und auf 57,734,999 ℳ (gegen 64,881,765 ℳ) an einmaligen Ausgaben, und in Einnahme auf 611,960,672 ℳ."

Im Ganzen betragen die vom Reichstage vorgenommenen Abstriche bezw. 9,965,379 ℳ. Aus den nachfolgenden Zahlen gehen die bei den einzelnen Ressorts vorgenommenen Abstriche an den fortdauernden Ausgaben hervor: Auswärtiges Amt 7,143,075 ℳ (7,207,075 ℳ), Verwaltung des Reichsheeres 340,672,513 ℳ (340,955,513 ℳ), Marineverwaltung 33,080,594 ℳ (34,851,177 ℳ), Reichsjustizverwaltung 1,850,428 ℳ (1,853,428 ℳ). Bei „Reichstag" wurde die Position von 407,670 ℳ auf 409,670 ℳ erhöht.

Bei den einmaligen Ausgaben stellen sich die Abstriche folgendermaßen: Post- und Telegraphenverwaltung 4,520,372 ℳ (5,980,122 ℳ); Verwaltung des Reichsheeres 32,143,358 ℳ (40,008,374 ℳ). Bei der letzteren Position sind im ordentlichen Etat die einmaligen Ausgaben für Preußen von 11,622,762 auf 9,977,762 ℳ, für Sachsen von 946,160 auf 661,160 ℳ, für Württemberg von 711,201 auf 651,201 ℳ, für Bayern von 569,892 auf 518,876 ℳ, in Summa also die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats von 13,850,015 ℳ auf 11,808,999 ℳ herabgesetzt worden. Im außerordentlichen Etat derselben Position stellen sich die Abstriche folgendermaßen: Garnisonbauten in Elsaß-Lothringen 1,231,000 ℳ (1,680,000 ℳ); Festungsanlagen und Einebnungsarbeiten 1,000,000 ℳ (3,000,000 ℳ); Erweiterung der Artillerieschießplätze 1,255,415 ℳ (2,855,415 ℳ); Kasernenbauten 11,022,265 ℳ (13,194,265 ℳ); Erstattungen auf aus Landesmitteln aufgewendete Kasernenbau- rc. Kosten 525,000 ℳ (628,000 ℳ), mithin in Summa 20,334,359 ℳ (26,158,359 ℳ). Erhöht wurden bei den einmaligen Ausgaben die Positionen: Auswärtiges Amt von 137,960 ℳ auf 385,960 ℳ; Reichsamt des Innern von 1,335,600 ℳ auf 1,485,600 ℳ; Marineverwaltung von 7,639,400 ℳ auf 9,259,400 ℳ.

Bei den Einnahmen wurde der Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung von 17,048,300 ℳ auf 17,078,300 ℳ erhöht. Die verschiedenen Verwaltungseinnahmen wurden um 126 ℳ, die außerordentlichen Zuschüsse von 44,246,862 ℳ auf 38,066,513 ℳ und die Matrikularbeiträge von 125,180,696 ℳ auf 122,041,792 ℳ herabgesetzt, so daß die Summe der Einnahmen ebenfalls 611,960,672 ℳ beträgt.

* Das Centrum hat zur Postdampfervorlage einen Antrag eingebracht, dessen wesentlichster Inhalt darin besteht, daß nur die ostasiatische Linie und eine Zweiglinie Triest-Brindisi-Alexandrien bewilligt werden und die Subvention für die erstere höchstens 1,700,000 ℳ, für letztere höchstens 100,000 ℳ jährlich betragen soll. Außerdem sind in den „Anlagen" eine Reihe Veränderungen gegenüber dem nationalliberal-conservativen Antrag vorgenommen.

* In den nächsten Tagen sind Reichstag, preußisches Abgeordnetenhaus, Herrenhaus und Staatsrath neben einander an der Arbeit, vom Bundesrath ganz abgesehen. In keinem Jahre hat man unter der Ueberfülle des Parlamentarismus so zu leiden gehabt, wie gegenwärtig, und es liegt für den letzteren in der That eine Gefahr in diesem Uebermaß, welches die Theilnahme des Volkes an den parlamentarischen Verhandlungen nothwendiger Weise herabdrücken muß. Die Aufnahmefähigkeit des Publicums für diesen Stoff hat ihre Grenzen, die bereits erheblich überschritten zu sein scheinen.

* Zur Erbfolgefrage in Braunschweig wird uns aus Berlin geschrieben:

Nach den jüngsten Enthüllungen in der Braunschweiger Erbfolgefrage ist dieselbe in eine neue Phase eingetreten. Nicht officiell. Der braunschweigische Regierungsrath konnte mit Fug und Recht dem vor einigen Tagen eröffneten Landtage durch den Minister Graf Görtz-Wrisberg erklären lassen, daß die Lage in Bezug auf die Thronfolge im Wesentlichen dieselbe sei als am Schluß des außerordentlichen Landtages. Formell hat sich nichts geändert, materiell ist jedoch eine sehr wichtige, wenn auch negative Entscheidung hervorgerufen worden: die Candidatur des Herzogs von Cumberland für den braunschweigischen Thron ist abgethan.

Die Episode, welche nunmehr hinter den Braunschweigern liegt, ist außerordentlich interessant. Sie war eine Epoche hochwichtiger Verhandlungen ohne Hinzuziehung von Diplomaten. Es darf wohl als ein Unicum bezeichnet werden, daß die Fürsten Deutschlands persönlich ihre Ansichten über eine wichtige politische Frage austauschen und die Verhandlungen mit den Gesandtschaften durch eine Vertrauensperson aus ihren eigenen Kreisen führen. Es ist jetzt trotz der anfänglichen officiösen Ableugnungen kein Zweifel mehr daran gestattet, daß der Erbgroßherzog von Oldenburg lediglich als der Mandatar der deutschen Fürsten dem Herzog von Cumberland in Gmunden einen Besuch abstattete. Alle Das, was gemuthmaßt über die Mitwirkung einiger Fürsten bei der Regelung der braunschweigischen Erbfolge gesagt wurde, bestätigt sich nicht allein, es ist sogar mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß alle deutsche Fürsten an den Vorbesprechungen betheiligt gewesen sind. Und daß man gerade einen nahen Verwandten des Herzogs von Cumberland gewählt hat, um demselben die Beschlüsse der deutschen Fürsten mitzutheilen und ihn denselben geneigt zu machen, das beweist auf das Schlagendste den aufrichtigen Wunsch der deutschen Fürsten, den „Feinden der Legitimität" nicht zu ungnaden. Wäre Fürst Bismarck an diesen Verhandlungen betheiligt gewesen, so würden die Vertheidiger der legitimen Ansprüche des Herzogs von Cumberland auf den Thron von Braunschweig nicht mit Unrecht daraus haben hinweisen können, daß die Anschauungen des Fürsten-Reichskanzlers über die Legitimität und seine offene Gegnerschaft gegen die Welfen die Schuld an dem Scheitern jeder Vereinbarung trügen. Fürst Bismarck hat sich aber völlig reservirt gehalten. Die Unterhandlungen sind in der allerdelicatesten Weise geführt worden und ihr negatives Ergebniß kann somit von einem gerechten Beurtheiler nur der Halsstarrigkeit des Herzogs von Cumberland zur Last gelegt werden.

Das ist ein anschätzbares Ergebniß, auf Grund dessen überhaupt erst die positive Lösung der Erbfolgefrage in Angriff genommen werden kann. Dieselbe kann in zweifacher Weise gedacht werden. Wenn auch die persönliche Candidatur des Herzogs von Cumberland definitiv erledigt ist, so hat derselbe doch einen Sohn, der, wenn er einst großjährig wird, anderen Anschauungen huldigen kann als sein Vater. Die strikte Befolgung des Legitimitätsprincipes würde also zur Wahl eines Regenten resp. einer Regentschaft für den ältesten Sohn des Herzogs von Cumberland führen müssen. Es wird aber nicht mit Unrecht hervorgehoben, daß diese lange Periode einer interimistischen Verwaltung des Herzogthums denselben eine Reihe schwerer, innerer Kämpfe bescheren müßte. In dem jetzigen kurzen Uebergangsstadium haben die Braunschweiger bereits die Unannehmlichkeiten einer ungewissen Zukunft zur Genüge gekostet. Sie würden schwerlich von der Aussicht erbaut sein, Jahre lang den Agitationen eines Windthorst preisgegeben zu werden.

Für die Braunschweiger ist vielmehr die alsbaldige definitive Regelung der Erbfolgefrage unstreitig das Wünschenswertheste, zudem die welfische Erziehung des jungen Herzogs nahezu die Gewähr dafür giebt, daß ihm auch vom Standpuncte der Legitimität kein Unrecht geschieht. Ob aber der deutsche Prinz, welcher den Thron von Braunschweig besteigen soll, die Anwartschaft auf einen andern deutschen Thron haben darf oder nicht, das, meinen wir, ist eine Frage, welche am besten dem Gutdünken Derer überlassen wird, die es am meisten angeht, der — Braunschweiger selbst. Die Octroyirung eines Prinzen würde zu mancherlei Argwohn Veranlassung geben. Wäre der Prinz in einem anderen deutschen Bundesstaate erbfolgeberechtigt, so würde es nicht an Klagen fehlen über die Tendenz, den Charakter des deutschen Bundesstaates zu verwischen; im entgegengesetzten Falle aber würden Klagen laut werden über das Ueberwuchern des Particularismus. Diesen Weitereien, die nur unnöthiger Weise böses Blut machen, geht man am leichtesten aus dem Wege, wenn man den Braunschweigern völlig freie Hand läßt.

Seltsamer Weise wird in einem conservativen Blatte eine dritte Lösung der Erbfolgefrage proponirt. „Es wäre das Beste und Klügste", sagt die „Staatsb.-Ztg.", „sich als Reichsland zu erklären". Wir können diesem Vorschlage keinen Geschmack abgewinnen und die Braunschweiger werden es noch weniger. Sie würden bei dieser Lösung einen Theil ihrer Autonomie einbüßen. In allen Fragen,